

Press release**Öko-Institut e. V. – Institut für angewandte Ökologie****Clara Wisotzky**

11/30/2023

<http://idw-online.de/en/news825157>Research results, Scientific Publications
Economics / business administration, Energy, Politics, Social studies
transregional, national**Mit gezielten Fördermaßnahmen zur Energieeffizienz**

Um gezielt einkommensschwache Haushalte bei der energetischen Gebäudesanierung zu fördern, müsste der Bund knapp 17 Milliarden Euro investieren. Das ergab eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Die Autorinnen und Autoren legen ein Gutachten vor, wie die Bundesregierung ihre Bürgerinnen und Bürger bei weiterhin hohen Energiepreisen besser auf die kommenden Winter vorbereiten kann.

„Die Bundesregierung hat während der Energiepreiskrise zuletzt finanzielle Mittel mit der Gießkanne verteilt, was in der Kürze der Zeit richtig war“, sagt Dr. Tilman Hesse, Senior Researcher beim Öko-Institut. „Für die kommenden Winter muss die Bundesregierung die Haushalte aber gezielt entlasten, um die Energiewende effizient voranzubringen und Energiearmut zu vermeiden.“

Privathaushalte gezielt entlasten

Die Studienautorinnen und -autoren zeigen auf, wie gezielte Fördermaßnahmen innerhalb der kommenden zwei Jahre mittelfristig zu einer Steigerung der Energieeffizienz und zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien beitragen können. Um gezielt einkommensschwache Haushalte bei energetischen Maßnahmen zu fördern, müsste der Bund – bei einer 80-prozentigen Förderquote – knapp 17 Milliarden Euro investieren. Die daraus resultierenden Energiekosteneinsparungen während der Dauer der Maßnahmen liegen mit knapp 20 Milliarden Euro fast 20 Prozent über den Investitionskosten. Das entspricht für einen typischen Haushalt einer Einsparung von 3.420 Euro über die Dauer der umgesetzten Maßnahmen.

„Viele Verbraucherinnen und Verbraucher hat die Energiepreiskrise stark belastet, vor allem für einkommensschwache Haushalte hat sich die Situation verschlechtert“, sagt Thomas Engelke, Energieexperte beim vzbv. „Die Bundesregierung muss in den nächsten Jahren zielgerecht Investitionen einsetzen, um auf dem Weg zu mehr Klimaschutz Energiearmut in Deutschland vorzubeugen.“

Mittel für Gießkannen-Entlastung dreimal höher

Um alle privaten Haushalte im Kontext der hohen Energiepreise im Herbst 2022 unabhängig von ihrem Einkommen zu entlasten, sind bei einer Übernahme von 30 Prozent der zusätzlichen Kosten rund 14 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Dies sind knapp dreimal höhere Mittel als für die gezielte Entlastung einkommensschwacher Haushalte erforderlich wären – bei einer Übernahme von 80 Prozent der zusätzlichen Kosten.

Hintergrund

Die gestiegenen Energiepreise als Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben Verbraucherinnen und Verbraucher stark belastet. Vor allem für einkommensschwache Haushalte hat sich die Situation erheblich verschlechtert. Die Bundesregierung reagierte darauf mit verschiedenen, meist nicht zielgerichteten und zeitlich begrenzten Entlastungsmaßnahmen.

Künftig ist eine gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte für Investitionen in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien unerlässlich, um die Energiearmut zu bekämpfen und gleichzeitig zu einer deutlichen Verringerung des Energieverbrauchs, der Treibhausgasemissionen und

der Importabhängigkeit in Deutschland beizutragen.

Broschüre „Wie die Bundesregierung Energiearmut gezielt verringern kann und die Bevölkerung davon profitiert“ des Öko-Instituts (https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Short_Term_Measures_Executive_Summary_German.pdf)

Studie „Zielgerichtete Förderung – zielgruppenspezifische Investitionen zur Steigerung der Energiesicherheit und Verringerung der Energiearmut“ des Öko-Instituts und e-think energy research GmbH (<https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Zielgerichtete-F%C3%B6rderung-Energiearmut.pdf>)

Über das Öko-Institut

Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.

www.oeko.de | Podcast | blog.oeko.de | Twitter | Instagram | Onlinemagazin

Über die Verbraucherzentrale Bundesverband

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) bündelt als Dachverband die Expertise von 16 Verbraucherzentralen und mehr als 30 verbraucherpolitischen Verbänden – darunter über 2.000 Organisationen und sieben Millionen Einzelmitglieder – für einen starken Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland.

www.vzbv.de/ | Twitter | Instagram

contact for scientific information:

Ansprechpartner am Öko-Institut

Dr. Tilman Hesse

Senior Researcher im Institutsbereich

Energie & Klimaschutz

Öko-Institut e.V., Geschäftsstelle Freiburg

Telefon: +49 761 45295-287

E-Mail: t.hesse@oeko.de

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Pressestelle

Rudi-Dutschke-Straße 17

10969 Berlin

Telefon: +49 30 25 800-525

E-Mail: presse@vzbv.de

Original publication:

Broschüre „Wie die Bundesregierung Energiearmut gezielt verringern kann und die Bevölkerung davon profitiert“ des Öko-Instituts (https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Short_Term_Measures_Executive_Summary_German.pdf)

Studie „Zielgerichtete Förderung – zielgruppenspezifische Investitionen zur Steigerung der Energiesicherheit und Verringerung der Energiearmut“ des Öko-Instituts und e-think energy research GmbH (<https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Zielgerichtete-F%C3%B6rderung-Energiearmut.pdf>)

Attachment Pressemitteilung Öko-Institut <http://idw-online.de/en/attachment99883>

D